Die Mitarbeiter des Justizapparates begrüßten es, daß die Partei die restlose Durchsetzung der Gesetzlichkeit auf die Tagesordnung gesetzt hatte. Die Durchsetzung der sozialistischen Gesetzlichkeit bedeutet gleichzeitig auch das Wirksamwerden der richterlichen Unabhängigkeit und die Erhöhung der Wertschätzung des Richteramtes. Unsere Richter sind sich dessen

sehr wohl bewußt. Wenn wir in der Vergangenheit auf dem Gebiet der sozialistischen Gesetzlichkeit auch Fehler begangen haben, steht es außer Zweifel, daß jeder Richter, der sein Volk und seinen Beruf liebt, sich mit Begeisterung an der großen Arbeit zur restlosen Verwirklichung der sozialistischen Gesetzlichkeit beteiligt.

Neuregelung des Strafregisterwesens in der Deutschen Demokratischen Republik

Von GERHARD DILLHÖFER, Hauptreferent im Ministerium der Justiz

Am 28. Juni 1956 hat der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik beschlossen, den vom Ministerium der Justiz vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über Eintragung und Tilgung im Strafregister an die Volkskammer weiterzuleiten.

Bereits seit Jahren wird von weiten Kreisen der Bevölkerung die Forderung erhoben, das derzeitige, noch aus dem Jahre 1920 stammende Strafregisterrecht einer gründlichen Revision zu unterziehen und unbillige Härten, die durch die jahrzehntelange Eintragung auch geringfügiger Vorstrafen entstanden sind, zu beseitigen. Dieser Forderung hatte sich auch der III. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland (1950) angeschlossen.

Diese zweifellos berechtigte Forderung kann und wird nunmehr in Erfüllung gehen, da die Deutsche Demokratische Republik in ihrer ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung einen Zeitpunkt erreicht hat, in dem die jetzt vorhandene Festigkeit der sozialistischen Gesetzlichkeit und des Rechtsbewußtseins unserer Bürger eine Änderung im Strafregisterwesen gestatten, ohne daß damit die Gefahr eines Anstiegens der Kriminalität zu befürchten ist.

Ein Strafregister in unserem heutigen Sinne gibt es in Deutschland erst seit dem Jahre 1882¹⁾. Wenn auch schon vor diesem Zeitpunkt in allen deutschen Einzelstaaten Strafnachrichten gesammelt wurden, so lagen dem die verschiedensten Systeme und Methoden zugrunde. Insbesondere war es infolge der Kleinstaaterei in Deutschland nicht möglich, einen Austausch von Strafnachrichten zwischen den einzelnen Ländern zu organisieren. Hinzu kam, daß die Nachrichten in der Regel bei den Polizeibehörden des Wohnortes des Verurteilten gesammelt wurden und somit der eigentliche Zweck des Registers, jederzeitige Feststellbarkeit der Vorstrafen, nicht erreicht werden konnte. In einigen Ländern des damaligen Deutschen Reiches, wie z. B. in dem 1871 dem Reich einverleibten Elsaß-Lothringen, gab es bereits Systeme, die dieses Ziel erreichten. Sie hatten ihren Ursprung in dem französischen System der „casiers judiciaires“²⁾, die jeweils bei einer für den Geburtsort des Verurteilten zuständigen Stelle geführt wurden.

Auch unser bisheriges wie auch das kommende Strafregisterrecht baut entsprechend diesem Vorbild auf dem Grundsatz auf, Strafnachrichten in erster Linie an einer Stelle zu sammeln, deren Zuständigkeit sich nach dem Geburtsort des Verurteilten bestimmt.

Die immer stärker werdende Industrialisierung und die damit verbundene Bevölkerungsbewegung zwischen den einzelnen Industriezentren machten es, besonders in der Gründerzeit, dringend erforderlich, ein für das ganze Deutsche Reich einheitliches Strafregisterrecht zu schaffen. Obwohl bereits 1873 ein entsprechender Antrag des Reichskanzlers dem Bundesrat vorgelegt wurde, dauerte es noch 9 Jahre, bis am 8. Mai 1882, nach mehreren Unterbrechungen der Arbeiten, der Ausschuß für das Justizwesen den Entwurf einer StrafregisterVO vorlegte³⁾.

Wie sich aus der Begründung ergibt, sollte diese VO der Ausführung der Bestimmungen des StGB, der StPO, der RGewO u. a. Reichsgesetze dienen. Dabei wurde insbesondere auf die §§ 31—35, 81, 161, 319 ff. StGB hingewiesen. Die in der VO bestimmte Frist für die Aufbewahrung dauerte bis zum 70. Lebensjahr des

Betroffenen (ab 1896 sogar bis zum 80. Lebensjahr). Eine vorzeitige Tilgung oder eine Auskunftsbeschränkung war nicht vorgesehen. Erst im Jahre 1913 wurde erstmalig die Löschung der Vorstrafen im Register zugelassen. Damit bahnte sich eine Entwicklung an, die über die sog. Lösungsamnestien in der Zeit des ersten Weltkrieges zur Einführung der „beschränkten Auskunft“ durch die VO vom 16. Mai 1918 (ZBl. S. 161) führte. Schließlich wurde im Jahre 1920 das gesamte Strafregisterrecht neu kodifiziert und am 20. April 1920 (RGBl. S. 507) von der Nationalversammlung das Gesetz über die beschränkte Auskunft aus dem Strafregister und die Tilgung von Strafvermerken (Straftilgungsgesetz) beschlossen. Dieses Gesetz, das in seinem wesentlichen Inhalt bisher unverändert geblieben ist, ist z. Z. — zusammen mit der StrafregisterVO vom 17. Februar 1934 (RGBl. S. 140) — noch die Grundlage für unser Strafregister.

Dieses Gesetz bedeutete gegenüber der früheren Regelung zweifellos einen Fortschritt. Dies kam auch bei den Beratungen der Nationalversammlung⁴⁾ in den Diskussionsbeiträgen aller Redner zum Ausdruck⁵⁾. Von einigen Rednern, so z. B. von den Abgeordneten Landsberg (SPD) und Dr. Cohn (USPD) wurde jedoch bereits damals darauf hingewiesen, daß die in dem Entwurf vorgesehenen Fristen noch zu lang seien, um dem Vorbestraften nach der Verbüßung der Strafe eine schnelle Rückkehr in das normale Leben zu ermöglichen.

Trotz dieser Hinweise wurde die vorgesehene Regelung (keine Strafregistervergünstigung für Zuchthausstrafen, Tilgungsfristen von 10 bis 20 Jahren für Gefängnisstrafen und Geldstrafen) in den Ausschußberatungen nicht geändert und schließlich am 30. März 1920 von der Nationalversammlung gebilligt⁶⁾.

Die damit inkraftgetretene Regelung des Straftilgungsgesetzes in Verbindung mit der bekannten Strafpolitik der Weimarer Justiz gegen Angehörige der Arbeiterklasse zeigt, daß es dem Bürgertum in erster Linie gar nicht darum ging, das Los derjenigen, die vorbestraft waren, erheblich zu verbessern. Gewiß, die Fristen waren kürzer geworden, doch waren sie immer noch lang genug, um den Vorbestraften auf Jahrzehnte einem besonderen wirtschaftlichen Druck auszusetzen, der es jederzeit ermöglichte, den Vorbestraften in das tiefste Elend zu stürzen und ihn u. U. auch zu Handlungen zu mißbrauchen, die gegen die Interessen seiner eigenen Klasse gerichtet waren.

Zum Verständnis der tiefgreifenden Unterschiede zwischen dem Straftilgungsgesetz aus dem Jahre 1920 und dem z. Z. der Volkskammer vorliegenden Entwurf ist es erforderlich, einige der Hauptzüge des Straftilgungsgesetzes zu schildern. Dieses Gesetz ging davon aus, daß Zuchthaus- und Todesstrafen grundsätzlich nicht getilgt werden. Für andere Freiheitsstrafen und Geldstrafen bestimmte das Gesetz, daß nach Ablauf bestimmter Fristen nur noch an einen beschränkten Kreis von Dienststellen (ursprünglich: Gerichte, Staatsanwaltschaften sowie die obersten Reichs- und Landesbehörden, wenn sie ausdrücklich darum ersuchten; dieser Kreis wurde durch die VO vom 17. November 1939 — RGBl. I S. 2254 — auf die Behörden der Sicherheitspolizei, die obersten Dienststellen der Nazi-Partei, die Finanzbehörden in Strafverfahren wegen Steuer- und Monopolverbrechen und die Regierungspräsidenten im Einbürgerungsverfahren erweitert) über den vollen Inhalt des Strafregisters Auskunft erteilt. Diese Frist be-

1) VO vom 16. Juni 1882 (ZBl. f. d. Dt. R. S. 309).

2) Strafregister.

3) Näheres über diese Entwicklung s. Hartung „Das Strafregister“, Georg Stilke Verlag, Berlin 1926, S. 3ff.

4) 118. Sitzung vom 25. November 1919.

5) vgl. Stenogr. Berichte, Bd. 331 S. 3744 ff.

6) vgl. Stenogr. Berichte, Bd. 332 S. 5029 ff.